



## Die Hessische Kommunale 6-2022 Dezember

### Weihnachtsgruß von Andreas Siebert Vorsitzender der SGK Hessen, Landrat Kassel

Das Jahr 2022 biegt allmählich auf die Zielgerade ein. Hofften wir zum Jahresbeginn noch darauf, dass nach den beiden Jahren des Corona-Ausnahmestands endlich eine Rückkehr zur Normalität bevorstehen würde, zeigte sich schnell, dass das Jahr 2022 ein Jahr der multiplen Krisenlagen wird.

Wir sind in diesem Jahr wieder ordentlich durchgeschüttelt worden, das Leben in der Komfortzone ist endgültig vorbei. 2022 ist das Jahr, das die vielzitierte Zeitenwende einleitete: Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist der bewaffnete Krieg nach Europa zurückgekehrt. In einem beispiellosen Akt der Menschlichkeit haben sehr viele Menschen im ganzen Land ihre Solidarität mit den vor dem Krieg geflohenen Ukrainerinnen und Ukrainern gezeigt. Vor allem viele Mütter haben mit ihren Kindern in Deutschlands Kommunen eine sichere Unterkunft gefunden.

Vor allem die Kreise und Kommunen sind in Vorleistung gegangen und haben in einer gemeinsamen Kraftanstrengung in kürzester Zeit schnell und unbürokratisch Hilfe organisiert und Unterkünfte für geflohene Menschen geschaffen.

Bereits vor Beginn des Winters beschäftigte uns alle vor allem die Frage der Energiesicherheit. Aufgrund ausbleibender Gaslieferungen aus Russland mussten schnelle Alternativen organisiert werden. Die gute

Nachricht vorweg: Die Gasspeicher sind zum Winterbeginn voll. Ob die Reserven ausreichen, hängt von verschiedenen Faktoren ab: Zum einen vom Verlauf des Winters. Auf das Wetter können wir jedoch keinen Einfluss nehmen. Wir können aber unseren Verbrauch reduzieren und so gemeinsam dafür sorgen, dass die vorhandenen Energiereserven länger ausreichen.



Foto: Thorsten Eschstruth, SPD UB-Kassel Land

Ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen gesunden Start in ein friedlicheres Jahr 2023!

Bund, Länder, Landkreise sowie Städte und Gemeinden treffen zudem Vorsorge für Krisenzeiten und überarbeiten ihre Krisenpläne. Das alles ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben. Bund und Länder müssen die Finanzausstattung der Kommunen deutlich verbessern. Zum einen sorgen neben stark erhöhten Aufwendungen für SGB-II und SGB-XII-Leistungen zur Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge zudem noch massiv gestiegene Energiekosten und Modernisierungen im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz für zusätzliche Anspannung und klamme Kassen in den kommunalen Haushalten.

In Zeiten der Krise muss das Land für eine auskömmliche Finanzierung sorgen. Und was macht die schwarzgrüne Landesregierung? Sie liefert leere Worthülsen. Beispiele gibt es genug.

Wechseln wir einmal das Politikfeld und blicken auf die Verkehrswende. Wir brauchen die Mobilitätswende, um unsere Klimaziele zu erreichen. Zuständig dafür sind in der Umsetzung Kreise und die kreisfreien Städte. Diese beauftragen Verkehrsverbünde. Die Landkreise und kreisfreien Städte als Aufgabenträger zahlen für die Auftrags erledigung. Das Land gibt jedoch nur einen minimalen Teil an originären Landesmitteln aus dem Haushalt zum Betrieb des ÖPNV dazu. Es wird sich stattdessen dafür gefeiert, dass das Land die Regionalisierungsmittel des Bundes in vollem Umfang weiterreicht und hier und da einige Förderprogramme ins Schaufenster stellt<sup>\*1</sup>. Damit wird die Landesregierung ihrer Verantwortung nicht gerecht. Um ein flächendeckendes 49,- Euro Ticket zu etablieren, braucht es eine auskömmliche Finanzausstattung für die Verkehrsverbünde. Ansonsten droht die gut gemeinte Idee eines kostengünstigen Deutschlandtickets zum Rohrkrepiere zu werden, da mangels Gegenfinanzierung Kürzungen im Angebot erforderlich würden.

<sup>\*1</sup> Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), <https://verwaltungsportal.hessen.de/themen/information/%C3%B6ffentlicher-personennahverkehr-%C3%B6pvn>, Webseiteabruf: 24.11.2022

Das wiederum würde dem eigentlichen Ziel – mehr Personen zum Umstieg auf Bus und Bahn zu bewegen und damit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten – nicht gerecht werden.

Schwarzgrün hat keine Idee, wie eine bessere Zukunft gestaltet werden muss. Kein Wunder, dass die Hessinnen und Hessen zunehmend unzufrieden mit dieser Regierung sind. Nach 23 Jahren CDU-geführter Landesregierung wird es im Herbst 2023 Zeit für den Wechsel. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für soziale und gerechte Politik. Wir setzen auf ein modernes und kostenloses Bildungssystem von klein auf. Wir setzen uns für ein gerechtes Gesundheitssystem ein. Moderne Arbeitsplätze, eine gesunde Wirtschaft, gute Ausbildung und gut funktionierende Mobilitätsangebote benötigen wir. Auch das Angebot an bezahlbarem Wohnraum muss erweitert werden. Alles Themen, die für uns eine Selbstverständlichkeit darstellen, um das Leben der Menschen ganz konkret vor Ort zu verbessern.

An dieser Stelle möchte ich stellvertretend für alle, die in kommunalpolitischer Verantwortung als Bürgermeister(in) oder Landrat (Landrätin) einer Verwaltung vorstehen, ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeitenden in den Kommunal- und Kreisverwaltungen richten. Die an sie und uns als politisch Verantwortliche gestellten Aufgaben und neuen Herausforderungen werden durch den unermüdlichen Einsatz der Beschäftigten unserer Verwaltungen hervorragend gemeistert. Und dennoch sind die verschiedenen, sich überlappenden Krisenlagen auch eine enorme Belastung. Deshalb gilt es die bevorstehende Weihnachtszeit besinnlich und ruhig anzugehen, zu genießen, um neue Kraft für das kommende Jahr 2023 zu tanken.

## 2022 – ein Jahr mit noch mehr Herausforderungen

**Michael Siebel, Geschäftsführer der AfK und SGK Hessen**

Corona hat uns alle mürbe gemacht. Selbst die stressresistentesten und krisenerfahrenen Kommunalpolitiker\*innen sehnten sich nach ruhigeren Zeiten, in denen man mal wieder ganz normal arbeiten kann. Doch der Krieg in der Ukraine, die daraus resultierenden Energieprobleme und die wiederum daraus resultierenden sozialen Verwerfungen machen diesem Plan einen gehörigen Strich durch die Rechnung. Neue Flüchtlinge und mal ganz neu: Lieferkettenproblematik als Investitionshemmer. Noch nicht absehbar sind die Auswirkungen der Inflation und steigender Zinsen auf die kommunalen Haushalte.

Politik im permanenten Krisenmodus – das ist neu und nicht schön.

Und das ganz normale Chaos geht weiter.

Die Grundsteuer B muss neu berechnet werden – Ergebnis unklar.

Die OZG will umgesetzt werden und dort wo Städte und Gemeinden wachsen, wollen Menschen wohnen – zu bezahlbaren Preisen. Sie wollen ihre Kinder in den Kindergarten schicken und später in gute Schulen. Deshalb muss Infrastruktur bereitgestellt werden. Eine fortwährende Herausforderung.

Und dann ist da ja noch der Klimawandel, den wir kommunal gestalten müssen und wollen. Eine Herkulesaufgabe, der wir uns stellen werden – als Sozialdemokrat\*innen in sozialer Gestaltung.

### Hessen wählt 2023

Voraussichtlich Mitte Oktober wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt und es gibt viele Gründe, die SPD zur führenden und gestaltenden Partei zu machen. Die schwarz-grüne Landesregierung ist verbraucht und müde, von Skandalen gebeutelt. Es ist Zeit für den Wechsel – obwohl es momentan nicht danach aussieht. Die Umfragen sind nicht berauschend, aber wenn wir aus den Landtagswahlen im Saarland oder auch in Niedersachsen etwas gelernt haben, dann dies:



Michael Siebel ©Angelika Aschenbach

Umfragen ein Jahr vor der Wahl sagen nichts aus. Das kann noch kippen und wird es nach Lage der Dinge auch.

Die kommunale Familie hat daran ein vitales Interesse. Der laufende Programmprozess in der SPD macht Hoffnung, dass die Kommunalen ein stärkeres Gewicht bekommen. Es ist angekommen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse nicht nur besprochen, sondern „gemacht“ werden müssen. Deshalb will die SPD eine Mobilitätsgarantie. Auf der Agenda unserer Partei steht das Thema Gesundheit, Ärzteversorgung und Krankenhausfinanzierung ganz oben – und das ist gut so.

Und hoffentlich nimmt die SPD einen großen Schluck aus der Pulle, um Bildung wieder zu dem zu machen, was es in der Wertigkeit der SPD mal war. Unter Willy Brandt wurden die Bildungsausgaben verdoppelt. Das ist die Messlatte, der wir uns stellen müssen. Lehrkräfte müssen gut ausgebildet und auch Grundschullehrer\*innen ordentlich bezahlt werden. Wir brauchen Schulsozialarbeit und Gesundheitshelfer\*innen an Schulen und es müssen ziemlich viele Schulen gebaut oder saniert werden.

## SGK als Helferin und Beraterin

Wir haben viele Rückmeldungen von unseren Mitgliedern bekommen, dass unsere inhaltlichen Angebote auf der Höhe der Zeit sind. Gerade jüngst die Fortbildung zur neuen Grundsteuer B Systematik oder die Information über das Katastrophenhilfsmodul „Labor Betreuung 5000“ sind aktuelle Themen, denen wir uns stellen und euch informieren.

Die Kommunale Kaffeepause ist ein kurzes und knackiges Format, das schnell reagiert. Unsere Rechtsberatung muss sich immer wieder neuen Problemen stellen. So ist halt Kommunalpolitik.



Aber wir haben auch einen langen Atem. Die Frage, wie wir unsere kommunalen Verwaltungen mit ausreichend und gut qualifizierten Personal bestücken ist ein 10- Jahresprojekt, das wir aber jetzt angehen müssen, um nicht in 10 Jahren blank da zu stehen.

Wir wollen den Ortsbeiräten mehr Rechte und Verbindlichkeiten einräumen. Auch das wird nur mit der SPD gelingen. Im fünften Jahr erfreut sich unsere Ortsbeirätekonferenz großer Beliebtheit.

Und wir haben als Vorstand beim Hessischen Rundfunk und den Hessischen Zeitungsverlagen vorgesprochen und thematisiert, wie die Berichterstattung über kommunale Dinge verbessert werden kann.

Insofern war es ein anstrengendes, aber gutes Jahr, das Mut und Hoffnung macht auf Mehr.

## Vorkaufsrechte als städtebauliches Instrument von Kommunen

### Nils Kraft, Stadtrat in Rüsselsheim

Mit dem kommunalen Vorkaufsrecht besteht heute bereits ein wertvolles städtebauliches Instrumentarium zur Sicherung kommunaler Daseinsvorsorge, städtebaulicher Qualitäten und einer zielorientierten Stadtentwicklung als Ganzes.

Erfahrungsgemäß ist dies jedoch nicht populär und findet auch nur selten Anwendung. Dies ist oft auch den mangelnden finanziellen Spielräumen der Kommunen geschuldet.

Kommunale Vorkaufsrechte basieren auf §§ 24 und 25 des Baugesetzbuches (BauGB). Während § 24 der Kommune ein gesetzliches Vorkaufsrecht zugesteht, ermöglicht § 25 ein besonderes Vorkaufsrecht auf Grundlage besonderer Satzungen. Gemäß § 25 Abs. 1 S.1 Nr. 2 BauGB kann die Gemeinde in Gebieten, in denen sie städtebauliche Maßnahmen in Betracht zieht, zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung durch Satzung Flächen bezeichnen, an denen ihr ein Vorkaufsrecht an den Grundstücken zusteht. Zu städtebaulichen Maßnahmen in diesem Sinne gehören:

- Flächennutzungs- und Bebauungspläne,
- die Umlegung,
- Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen,
- Stadtumbaugebietsmaßnahmen,
- städtebauliche Maßnahmen zur Sozialen Stadt und Erhaltungssatzungen.

Die Ausübung von Vorkaufsrechten erfolgt durch Verwaltungsakt. Das Vorkaufsrecht kann nur aus Gemeinwohlgründen ausgeübt werden, mit anderen Worten, wenn Anhaltspunkte für die Verfehlung städtebaulicher Ziele durch Käufer\*in vorliegen.

Um dies zu prüfen, muss die Käufer\*in vor Ausübung des Vorkaufsrechts angehört werden, § 28 HVwVfG (Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz). Dabei kann die Käufer\*in während der Frist zur Ausübung des Vorkaufsrechts (drei Monate nach Kaufvertragseingang bei der Kommune) das Vorkaufsrecht unter Umständen auch abwenden, § 27 BauGB. Dazu muss sich die Käufer\*in binnen der



Nils Kraft; Jahrgang: 1976  
seit 2012 Bau- und Planungsdezernent der Stadt Rüsselsheim  
Beruf: Architekt  
seit 1998 Mitglied der SPD

©SPD UB Groß-Gerau

Ausübungsfrist verpflichten, die mit Ausübung des Vorkaufsrechts verfolgten städtebaulichen Ziele auch umzusetzen. Wird das Vorkaufsrecht ausgeübt, können Käufer\*in oder Verkäufer\*in die Ausübung verwaltungsgerichtlich prüfen lassen.

Bei wirksamer Ausübung des Vorkaufsrechts tritt die Kommune an Stelle des Käufers/der Käuferin in den Grundstückskaufvertrag mit dem Verkäufer/der Verkäuferin ein. Das Vorkaufsrecht kann dabei auch preislimitierend ausgeübt werden. Vielfach ungenutzt bleibt die Möglichkeit einer vertraglichen Abwendungsvereinbarung. Dabei kann mittels Aufklärungsgesprächen und Verhandlungen ein für beide Seiten verträgliches Ergebnis gefunden werden. Dies eröffnet den Kommunen die Möglichkeit, Ziele ohne den zwingenden Einsatz von Finanzmitteln zu erreichen oder zumindest schwerwiegende Fehlentwicklungen zu verhindern.

Die Praxis belegt diese Potentiale. So erfolgten in der Vergangenheit unter Federführung des Magistrates der Stadt Rüsselsheim am Main Vereinbarungen über die städtebaulich verträgliche Nutzung von Gebäuden und Grundstücken im innerstädtischen Bereich auf Grundlage einer Sanierungssatzung. Konkret wurde für innerstädtische Liegenschaften erreicht, Bebauungen in Übereinstimmung mit städtebaulichen Wettbewerben zu realisieren. Zudem wurden Grundstückstausche und eine vereinfachte Umlegung vereinbart. Des Weiteren konnten Fristen für Bauanträge abgestimmt werden und Ankaufsrechte für die Stadt im Fall einer Nicht-Einhaltung der Regelungen in die Vereinbarung aufgenommen werden.

Das Baulandmobilisierungsgesetz stärkt die kommunalen Vorkaufsrechte auch in der Sache. Insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten hat der Gesetzgeber die Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts durch die Neuregelung in § 24 Absatz 3 Satz 1 BauGB erleichtert.

Damit sieht der Gesetzgeber eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der gemeindlichen Vorkaufsrechte für die leichte Mobilisierung von Flächen für den Wohnungsbau sowie für die Förderung der Innentwicklung vor.

## Aufsuchende politische Bildungsarbeit

Welche Erkenntnisse können wir für die kommunalpolitische Kommunikation gewinnen?

**Michael Siebel – Geschäftsführer der Akademie für Kommunalpolitik Hessen**

Die Frage, wie wir Menschen aller sozialen Schichten erreichen, beschäftigt uns schon solange wir politische Kommunikation machen. In der Quartiersarbeit gibt es den Ansatz *der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit*. Dieser Zweig ist in der Entstehungsphase, kann uns aber möglicherweise für die kommunalpolitische Kommunikation wichtige Hinweise geben.

### **Das Problem: die politischen Repräsentanten haben sich von ihren Zielgruppen entfremdet**

In den 80er Jahren waren Wahlbeteiligungen von 80% - zumindest bei Bundestagswahlen – normal. Dies hat sich verändert. Die Wahlbeteiligung der oberen Schichten ist immer noch hoch. Die unteren Schichten allerdings gehen wenig wählen. In diesen Milieus sind Wahlbeteiligungen von nur 30% und weniger nichts Außergewöhnliches.

Ähnliche Befunde hat die Shell-Studie ergeben. Zwar steigt das Interesse in der Bevölkerung, aber nicht bei den unteren Schichten. Menschen in gehobenen Lebenslagen finden sich in den Sachentscheidungen von Politik wieder. Wenig privilegierte Menschen empfinden, dass ihre Interessen weniger wahrgenommen und in Politik umgesetzt werden. Sie fühlen sich abgehängt.

Und schließlich müssen wir feststellen, dass politische Funktionsträger, auch in der Kommunalpolitik – über alle Parteigrenzen hinweg – sozial homogenisiert sind. Sie sind irgendwie alle ihresgleichen. Das führt zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen politischen Eliten und Teilen der Bevölkerung.

Zwei Beobachtungen passen zu diesen Befunden:

- Die Beteiligung an politischen Prozessen folgt einer „sozialen Logik“. Soziale Ungleichheit wird als politische Ungleichheit empfunden.
- Nicht Teilnahme und Distanz an und zur verfassten Politik bedeutet nicht Desinteresse. Es ist aber ein Phänomen, das des „unsichtbaren Politikprogramms“.

### **Kann der Ansatz aufsuchender politischer Bildungsarbeit helfen?**

Zunächst einmal ist festzustellen, dass an Maßnahmen der politischen Erwachsenenbildung eine hohe Selektivität im Hinblick auf die soziale Herkunft besteht. Das liegt auch daran, dass in der politischen Bildung häufig von einem Defizitansatz ausgegangen wird.

Eine große Rolle spielen auch unterschiedliche Dimensionen der Ferne. Fern sind die Bildungseinrichtungen, fern sind die einzelnen Menschen, fern ist der Gedanke an Weiterbildung überhaupt.

Die Analogie zu Politik ist augenscheinlich: die Parlamente sind fern, die Politiker\*innen auch und die politische Agenda ebenso. Sozial benachteiligte Milieus schließen sich selbst aus, werden aber auch ausgeschlossen. Professor Bremer von der Universität Duisburg-Essen zieht die Analogie zum Fußball. „Das ist so wie beim Heimspiel und beim Auswärtsspiel. Richtig wohl fühle ich mich beim Heimspiel.“

Und die Politik ist kein Heimspiel. Unterprivilegierte Milieus fühlen sich ausgeschlossen. Sie empfinden, dass ihre Kompetenz nicht anerkannt wird und sie sind im politischen System nicht repräsentiert. Viele sagen: „Ich gehe nicht wählen, weil ich was falsch machen könnte“. Das ist erschreckend.

Das Prinzip „aufsuchend“ kann vielleicht helfen, auch wenn es die politische Bildung noch weit davon entfernt ist, ein geschlossenes Konzept präsentieren zu können. Die Ansätze haben verschiedene Wurzeln. Zu ihnen gehören:

Streetworking, Zielgruppenarbeit, Milieuforschung und Sozialräumliche Orientierung. All diese Ansätze folgen dem „Komm“ – Prinzip; die Menschen kommen zu uns (und unseren politischen Veranstaltungen) und nicht dem „Geh“ – Prinzip; wir gehen zu den Menschen.

## **Also was müssten wir tun?**

Zuerst einmal unsere eigene Distanz zu manchen Milieus reflektieren. Erst dann können wir soziale, kulturelle, aber auch ganz einfach physische Distanzen überwinden. Kommunikationsfähig werden wir in den Sozialräumen, wenn wir Schlüsselpersonen einbinden und unsere politischen Kommunikationsformate radikal überarbeiten.

## **Nähe zu fremden Lebenswelten herstellen – was heißt das?**

Das Verstehen des anderen und seiner Lebenswelt ist Basis jeder Interaktion. Und wenn wir das hingekriegt haben, können wir ein Sensorium entwickeln, um Politisches im Alltag der sozialen Milieus zu finden.



Der Kommunallöwe wird 2023 wieder vergeben.

Wir freuen uns über eure Bewerbungen **bis zum 30.04.2023:**

**info@afk-akademie.de**

Wir zeichnen gute Aktionen und besondere Ideen aus den hessischen Kommunen aus.

Bewerben können sich Kommunalfraktionen, Kommunalverbände und kommunalpolitisch tätige Initiativen, die sich in den Kommunen Hessens engagieren sowie Einzelpersonen.

Was aus guten Ideen werden kann, könnt ihr im Folgenden lesen.  
Die SPD Hofheim hat 2010 den Kommunallöwen erhalten.

## Von einer ÖKO-Broschüre zur SolarInvest Main-Taunus eG – Energiegenossenschaft

**Autor\*innen: Ingrid Kairat, Klaus Vogt, Michael Fuhr, alle Hofheim am Taunus, Mitglieder der damaligen AG-OEKOenergie + der SPD Hofheim am Taunus**

Anstoß für die Initiative der Genossinnen und Genossen war u.a. der umfangreiche 1. Nachhaltigkeitsbericht (NAX Hofheim) der Hofheimer Lokalen Agenda 21 aus dem Jahre 2009, der deutlich machte, dass in Hofheim noch „Aufholbedarf“ bestünde. Dargestellt wurde der Zustandsbericht für die Kreisstadt Hofheim und das Entwicklungspotential.

Nicht zuletzt trug das unermüdliche Engagement des leider zu früh verstorbenen Hermann Scheer (MdB) (1944-2010) dazu bei, sich intensiv mit dem wichtigen Themenkomplex zu befassen und eine breite Diskussion anzustoßen.

So gründete sich im Jahre 2009 die AG-OEKOenergie+ der SPD Hofheim am Taunus. Das Team mit Wilfried Hölzer (1951-2022), Ingrid Kairat, Michael Fuhr, Maxim Mkrchtjan, Klaus Vogt und Thorsten Blos entwickelten Thesen, die in der im April 2010 aufgelegten Broschüre „Für ein Hofheim mit viel Sonne und noch mehr Öko\_Energie – ein 10-Punkte Programm zur Information und Diskussion“ den Hofheimer Bürgerinnen und Bürger vorgestellt wurden.

Aufgrund dieser Broschüre und dem daraus entstandenen Interesse hatten sich etwa zehn Bürgerinnen und Bürger von Hofheim Ende 2010 zu einer Interessengemeinschaft Solargenossenschaft Hofheim (IG SGH) zusammen gefunden, um die Energiewende selbst in die Hand zu nehmen. Dieser Gründung gingen bereits viele Recherchen und Fachgespräche mit ExpertInnen und BürgerInnen insbesondere zu Solargenossenschaften voraus. Die IG SGH kam zu dem Ergebnis: Eine Bürgersolar-Genossenschaft ist das richtige Geschäftsmodell. Bei den Genossenschaften

steht nicht die Gewinnmaximierung, sondern Nachhaltigkeit im Vordergrund, und es wird nur zu Gunsten der Mitglieder gewirtschaftet. Die Genossenschaftsanteile verteilen sich auf viele Mitglieder, und dabei hat jedes Mitglied eine Stimme - unabhängig von der Kapitalbeteiligung.

Die IG SGH strebte eine breite Beteiligung an. Aus möglichst allen Schichten und vielen Interessierten sollten sich die Mitglieder der Bürger-Solar-Genossenschaft zusammensetzen. Unverzüglich begannen die Vorbereitungen um die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen, z.B. Finanzierungsmodelle, Pressearbeit und technische Prüfungen zur Realisierung.

Über das Vorhaben der künftigen Solargenossenschaft wurde bereits im Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung am 6.12.2010 berichtet. Einstimmig beschlossen daher die Ausschuss-Mitglieder, einer Solargenossenschaft bis 30.06.2011 die Chance zu geben, sich zu gründen und mit der Stadt über die Nutzung der öffentlichen Dächer für Photovoltaik-Anlagen zu beraten.

Am 31. März 2011 wurde dann von sieben engagierten Bürgerinnen und Bürgern die Solar-Invest Hofheim am Taunus eG beim Genossenschaftsverbandes in Neu-Isenburg gegründet. Der Magistrat der Kreisstadt Hofheim am Taunus hatte dann im April 2011 eine Grundsatzklärung zur Nutzung öffentlicher Dächer in Hofheim gegenüber der BürgerInnen-Solar-Genossenschaft abgegeben.

Quellen:

[https://www.hofheim.de/download/Praesentation\\_zum\\_Hofheimer\\_Nachhaltigkeitsindex.1338.pdf](https://www.hofheim.de/download/Praesentation_zum_Hofheimer_Nachhaltigkeitsindex.1338.pdf)

<http://www.hoelzer.info/solarinvest/images/15-12-2010-PM-IG-SGH.pdf>

<https://www.solarinvest-main-taunus.de/ueber-uns>

eigene Aufzeichnungen der AG-Mitglieder

## Termine der SGK Hessen

Anmeldung unter [info@sgk-hessen.de](mailto:info@sgk-hessen.de)

Informationen: [0611-360-117-4](tel:0611-360-117-4)

---

Das SGK Netzwerk Frauen lädt ein - auch interessierte Männer sind herzlich willkommen

„Einführung in die Künstliche Intelligenz - und wie es dazu kommt, dass KI-Systeme einen Gender-Bias haben können“

14. Dezember 2022, 12.00 – 13.30 Uhr, online mit Zoom

„Tempo 30: Ideologie oder Mehrwert für Städte?“

18. Januar 2023 18:00 – 19:30 Uhr, online

Aufbau von Ladeinfrastruktur in Kommunen

15. Februar 2023 12-13.30. Uhr, online

---

Save the date:

SGK Hessen Landesdelegiertenkonferenz am 08.07.2023

## Jahresprogramm der AfK Hessen 2023



<b>Gute Fraktionsarbeit 2023 im Paket 50 € (einzeln je 10 €)</b>		
15.02.2023	Stark im Team: Motivation und	Online
28.02.2023	Kommunalpolitik visualisieren	Online
08.03.2023	Sitzungsleitung	Online
16.03.2023	Anträge schreiben	Online
22.03.2023	Hessische Gemeindeordnung	Online
30.03.2023	Die Finanzen der Fraktion	Online

Stand:16.11.2022

<b>Gute Kommunikation</b>		
29.04.2023	Leichte Sprache	Frankfurt (50 €)
25.05.2023	Einfache Sprache	Online (10 €)
15.06.2023	Instagram und co. Social Media	Online (10 €)
28.06.2023	Gut ankommen im Online-Meeting/Seminar	Online (10 €)
01.07.2023	Reden schreiben	Frankfurt (50 €)
In Planung	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Online (10 €)
In Planung	!Respekt! Wertschätzende Kommunikation in der politischen Arbeit	Online(10 €)

<b>diverse Themen</b>		
09.02.2023	Opposition ist...	Online (10 €)
11.02.2023	Demokratiewerkstatt	In Marburg kostenlos
06.05.2023	Doppik Aufbaukurs	Frankfurt (50 €)
11.05.2023	Jugendbeteiligung	Online (10 €)
03.06.2023	Ortsbeirätekonferenz	Online kostenlos
22.06.2023	Bürger*innenbeteiligung	Online (10 €)
15.07.2023	Hessische Gemeindeordnung	Frankfurt (50 €)
08.11.2023	1x1 der Kommunalpolitik	Online (10 €)
15.11.2023	HGO Aufbaukurs	Online (10 €)
18.11.2023	Austausch Stadtverordnetenvorsteher*innen	Online kostenlos
07.12.2023	Bau- und Planungsrecht	Frankfurt (25 €)

<b>Intensivkurse (mit Übernachtung im EZ 150 €)</b>		
04.-05.02.2023	Doppik Intensiv	Wetzlar
18.-19.03.2023	Rhetorik für Frauen	Steinbach/Ts.
04.-05.11.2023	Doppik Intensiv	Gladenbach

Information und Anmeldung:

[info@afk-akademie.de](mailto:info@afk-akademie.de)

0611-360117-6

[afk-hessen.de](http://afk-hessen.de)



## Jahresprogramm der AfK Hessen 2023

<b>Kommunalakademie (Wetzlar und Gladenbach) Gesamt TN 400,-- €</b>	
<b>für junge Nachwuchspolitiker*innen</b>	
Finanzielle Unterstützung möglich	
<b>05. - 07.05.2023</b>	Modul 1 Strategische Steuerung; Persönliches Politisches Projekt
<b>24. - 25.06.2023</b>	Modul 2 Doppik
<b>14. - 16.07.2023</b>	Modul 3 Rhetorik
<b>08. - 10.09.2023</b>	Modul 4 Planspiel, Aufbau der Verwaltung u.a.
<b>Bewerbung an: <a href="mailto:susanne.menkel@afk-akademie.de">susanne.menkel@afk-akademie.de</a></b>	

<b>Bildungsurlaube (je 400 € mit Ü+VP)</b>		
<b>24.-28.04.2023</b>	Kommunalpolitik	Bad Hersfeld
<b>26.-30.06.2023</b>	Rhetorik	Herborn
<b>06.-10.11.2023</b>	Kommunalpolitik	Wetzlar
<b>20.-24.11.2023</b>	Führung	Wiesbaden
Alle Bildungsurlaube sind staatlich anerkannt		

<b>„Auf dem Weg ins Rathaus“</b>
<i>Für Kommunalpolitiker*innen, die sich auf ein Direktmandat vorbereiten wollen</i>
<i>Termine voraussichtlich Herbst 2023</i>
Modul 1 Kommunikation: (F. Matiaske)
Modul 2 Rhetorik: (F. Matiaske)
Modul 3 Auftritt und Scheitern: (M.Siebel)
Modul 4 Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune & Social Media auf lokaler Ebene: online (M.Siebel und A. Gerlach)
Modul 5 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: (F. Matiaske)

Information und Anmeldung:

[info@afk-akademie.de](mailto:info@afk-akademie.de)

0611-360117-6

[afk-hessen.de](http://afk-hessen.de)

## Leichte Sprache - ein Grundrecht

Mehr als 12 % der deutsch verstehenden Erwachsenen (18-64 Jahre) in Deutschland können keine kurzen Texte sinnerfassend lesen (Quelle: LEO 2018).

Das bedeutet, dass viele Menschen in unserem Land von notwendigen Informationen ausgeschlossen werden. Und: wir erreichen diese Menschen nicht, wenn wir nicht auf ihre besonderen Bedürfnisse eingehen.

Dabei gibt es ein Recht auf Leichte Sprache: 2009 wurde in der Behindertenrechtskonvention dieses Recht verankert. Damit sind auch die Kommunen verpflichtet, ihren Internetauftritt in Leichter Sprache anzubieten.

Leichte Sprache richtet sich an Menschen, die Lernschwierigkeiten haben. Es gibt auch andere Ursachen für Verständnisprobleme: Erkrankungen wie Aphasie, Schwerhörigkeit oder mangelnde Bildung und fehlende Deutschkenntnisse.

Wir müssen Leichte Sprache von Einfacher Sprache unterscheiden:

Leichter Sprache ist eine stark vereinfachte deutsche Sprache und beruht auf festen Regeln.

Einige dieser Regeln können wir lernen, profitieren werden tatsächlich alle von

einfacheren und besser lesbaren Texten. Für längere Texte wie Wahlprogramme oder auch Websites wird empfohlen, einen Experten oder eine Expertin für Leichte Sprache hinzuziehen. Dann kann auch ein entsprechendes Siegel erworben werden. So arbeitet das „Netzwerk Leichte Sprache“ mit Menschen, die Lernschwierigkeiten haben. Sie prüfen die vorgelegten Texte auf Verständlichkeit

<https://www.leichte-sprache.org>

Mit der Expertin für Leichte Sprache, **Anne Badmann**, führt die AfK Hessen in diese Thematik ein:

Seminar „Leichte Sprache“

**am 29. April 2023**

**in Frankfurt/M Haus der Jugend**

**10-17 Uhr**

Seminarinhalte:

- Leicht sprechen
- Leicht schreiben
- Flyer, Plakate und Websites leicht lesbar gestalten

**Anmeldungen und Infos:**

[info@afk-akademie.de](mailto:info@afk-akademie.de)

0611-360-117-6